

## Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Cap, Dr. Matznetter  
und GenossInnen

**zum Gesetzesentwurf im Bericht und Antrag des Finanzausschusses 1447 der Beilagen über den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem ein Bundesgesetz betreffend die Haftungsübernahme zur Zukunftssicherung der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG geschaffen, das Bundesfinanzgesetz 2006 und das Nationalbankgesetz 1984 geändert sowie ein Bundesgesetz betreffend den Erwerb von Aktien der Oesterreichischen Nationalbank geschaffen werden**

*Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:*

*Der eingangs bezeichnete Gesetzesentwurf wird wie folgt geändert:*

*Artikel 2 Ziffer 1, Artikel 3 und Artikel 4 entfallen.*

### **Begründung**

Nach Angaben der Bundesregierung in den Erläuterungen zum gegenständlichen Gesetz wird ohne weitere Angabe von Gründen festgehalten, dass „zur Zukunftssicherung der BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse AG vereinbart wurde, dass diese Bank und der Österreichische Gewerkschaftsbund ihre Anteile an der Oesterreichischen Nationalbank an den Bund veräußern.“ Für den Erwerb dieser Anteile wird im Gesetz budgetäre Vorsorge im Ausmaß von bis zu 33 Millionen Euro getroffen, was Medienberichten zufolge in etwa dem Buchwert dieser Anteile entspricht. Ursprünglich war seitens der Regierung sogar eine Abtretung zum Nominale erwartet worden.

Aufgabe des Gesetzes sollte eine Stärkung der BAWAG und ihres Haftungsstockes sein. Die erzwungene Veräußerung der OeNB-Anteile bedeutet selbst bei einem Preis von 33 Millionen Euro das Gegenteil, da dies nach Meinung zahlreicher ExpertInnen weit unter dem wahren

Wert der Anteile liegt. Das bedeutet eine eklatante Schwächung der BAWAG selbst, sowie des Haftungsfonds beim ÖGB und widerspricht der Intention des Gesetzes.

Diese Vorgangsweise drängt den Eindruck auf, dass die Notlage der BAWAG P.S.K. Bank von der Regierung dazu genutzt wurde, ihren politischen Einfluß auf die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) durch Verstaatlichung von rund 20% der von BAWAG und ÖGB an der OeNB gehaltenen Anteile zu erweitern. Ferner drängt sich der Eindruck auf, dass die Notlage der BAWAG dazu benutzt wurde, diese und ihren Eigentümer dahin zu bewegen, ihre Anteile zum eigenen und zum Nachteil Dritter (Gläubiger, Kunden, MitarbeiterInnen) kostengünstig an die Regierung abzutreten – eine Vorgangsweise, die man sonst nur aus Putins Russland kennt.

Die den Medien zu entnehmende Rechtfertigung der Regierung, dass BAWAG und ÖGB angesichts der von der OeNB durchzuführenden Prüfungen nicht opportun erscheint, stellt sich bei näherer Betrachtung als ziemlich verfehlt bzw. als Ablenkungsmanöver heraus. Denn die OeNB prüft seit Jahren alle Finanzinstitute gleichermaßen und hat nie zwischen an ihr beteiligten und nicht beteiligten Instituten unterschieden. So wurden Raiffeisen oder Bank Austria genauso auf Herz und Nieren geprüft wie die BAWAG früher und heute – oder wie eben jetzt auch Haiders Hypo-Alpe Adria. Außerdem sind Durchführung oder Ergebnisse aufsichtsrechtlicher Prüfungen ebenso wenig Gegenstand von Sitzungen des Generalrates (Aufsichtsgremium der Bank) wie die Veranlagung der Devisenreserven des ESZB oder dessen Geldpolitik.

#### **Die Sicht der SPÖ in 5 Punkten:**

1. Die SPÖ vertritt daher die Auffassung, dass angesichts der derzeitigen Situation die OeNB-Anteile im Interesse von BAWAG und Eigentümer ÖGB sowie im Interesse von Gläubigern, Kunden und MitarbeiterInnen Teil des Haftungsstockes und damit im Eigentum von BAWAG und ÖGB bleiben sollen. Nachdem es sich bei den Nationalbank-Anteilen um absolut risikolose und sehr werthaltige Assets mit laufenden Dividenden handelt, wäre es angezeigt, den Haftungsstock nicht gerade um eben diese Werte zu schmälern.

2. Ferner vertritt die SPÖ die Auffassung, dass optimale Veräußerungsprozesse normalerweise anders verlaufen, jedenfalls Verkaufspreise in zivilisierten und entwickelten, demokratischen Marktwirtschaften nicht von Regierungen diktiert und in Gesetz gegossen werden, sondern im Normalfall durch Suchen des Bestbieters am Markt ermittelt werden. In der Regel liegt auch der Verkehrswert von Anteilen über jenem des Buchwerts. Daher wird

durch die Art und Weise der Preisbildung kein optimaler Erlös aus dem Verkauf der Notenbankanteile erzielt werden können. Damit werden ebenfalls berechnete Interessen der Bank, des Eigentümers ÖGB, der Gläubiger, Kunden und MitarbeiterInnen nach einer optimalen Verwertung der Notenbankanteile von den Regierungsparteien verletzt.

3. Schließlich ist es für die Regierungsparteien entlarvend, dass die erste echte Verstaatlichung seit sehr vielen Jahren und die Ausweitung der Kontrolle über ein bisher zur Hälfte privates Unternehmen von 50% auf 70% ausgerechnet bei jener Institution stattfindet, die nach den EU-Verträgen unabhängig sein soll. Mehr Privat - weniger Staat zählt offensichtlich nicht, wenn es um die Machterweiterung der ÖVP geht, die fortan fast 100% Kontrolle über die Nationalbank haben soll. Die SPÖ vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass die parteipolitische Unabhängigkeit der Notenbank wie bisher gewährleistet bleiben soll und nicht wie zuvor ORF, Hauptverband, ÖIAG, ÖBB usw. tief-schwarz eingefärbt werden soll. Dafür ist die Aufgabenstellung der OeNB für die gesamte österreichische Wirtschaft zu wichtig, als sie in die Hände einer Partei zu legen.

4. Darüber hinaus ist die SPÖ der Meinung, dass die 33 Millionen Euro, die für die Verstaatlichung von 20% der Notenbank-Anteile aus dem Budget aufgewendet werden müssen, besser in die reale Wirtschaft, in Wachstum und Beschäftigung investiert werden sollten. Eine Investition von zusätzlichen 33 Millionen Euro in ein vernünftiges, die Erfordernisse tatsächlich deckendes KMU-Programm wäre wesentlich sinnvoller als den Betrag für eine Verstaatlichung aufzwenden, von der die SteuerzahlerInnen keine Effekte für Wachstum und Beschäftigung erwarten können.

5. Wenn hingegen schlüssige Argumente eine generelle Neuorientierung im Hinblick auf die Eigentümerstruktur der Oesterreichischen Nationalbank nahe legen, ist die SPÖ aber durchaus gesprächsbereit. Immerhin könnten sich die Rahmenbedingungen so verändert haben, dass eine rein staatliche Notenbank sinnvoll wäre. Dann wäre aber in einem Gesamtpaket darüber nachzudenken, wie alle privaten Eigentümer ihre Anteile abgelöst erhalten bzw. dazu gebracht werden, diese abzugeben. In diesem Fall wäre allerdings auch zu klären, mit welchen Begleitmaßnahmen die Unabhängigkeit der Bank weiter sichergestellt werden kann. Dieser Prozess scheint aber derzeit noch nicht einmal in Gang gekommen.

